

Protokoll der 50. Sitzung des Bundesvorstandes

Wir treffen uns in einer Telefonkonferenz am Donnerstag, **08.02.2018**, pünktlich um 19.30 Uhr unter Tel. 030/63417989 im Raum / PIN 5718.

Teilnehmer

Vorstand	Funktion	anwesend	abwesend
Carl-Richard Klütsch	Vorsitzender, LV Berlin	X	
Iris Hollweg	Stellv. Vorsitzende, LV Hessen	X	
Meinolf Heufken-Jaekel	Schatzmeister		entschuldigt
Gerhard Wagner	stellv. Schatzmeister	X	
Uschi Bauer	LV Baden-Württemberg	X	
Moritz Meisel	Für Bayern	X	
Matthias Neumann	LV Brandenburg	X	
Uwe Koch	LV Bremen	X	
Joachim Fiedler	LV Hamburg	X	
Sonja Görnitz	Für Mecklenburg-Vorpommern	X	
Alina Komar	Für Niedersachsen	X	
Sascha Schnelle	LV Nordrhein-Westfalen		X
Benjamin Pohl	LV Rheinland-Pfalz		entschuldigt
Eugen Georg	LV Saarland		X
Eyk Henze	LV Sachsen		X
Petra Uhlmann	LV Sachsen-Anhalt	X	
Jörg Chemnitz	LV Schleswig-Holstein		X
Susanne Schickschneit	LV Thüringen		X
<small>Anzahl: 18</small>		<small>Anzahl: 11</small>	<small>Anzahl: x</small>

Gäste:

1. Lars Schirra
2. Peggy Mischke-Rosenhammer
3. Verena Nedden
4. Thomas Eber
5. Marcel Merle
6. Michael Nothdurft
7. Jan (ab 19:42 Uhr)
8. Gerhard Seedorf
9. Gert Schmidt (ab 21:10 Uhr)

Tagesordnung

- TOP 01 Formalia und Infos
- TOP 02 Nächste Sitzung
- TOP 03 Umlauf-/Präsidiumsbeschlüsse
- TOP 04 Bericht des Präsidiums
- TOP 05 Bericht der Bundesschatzmeisterei
- TOP 06 Berichte aus den Landesverbänden
- TOP 07 Bericht des Koordinationsteams
- TOP 08 Antrag auf Beschluss über die Geschäftsordnung [Richard]
- TOP 09 Antrag auf Konkretisierung des 150. Beschlusses bezüglich Übernachtungsmöglichkeiten [Richard] = zurückgezogen
- TOP 10 Antrag auf Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk [Richard]
- TOP 11 Antrag auf Beschluss über die Teilnahme an progressivekoalition.de [Richard]
- TOP 12 Antrag auf Buchung der Jugendherberge Kassel für die ordentliche Mitgliederversammlung 2018 [Uschi]
- TOP 13 Sonstiges

=> GO-Antrag auf Änderung der TO: TOP 10 nach TOP 12

TOP 01 - Formalia und Infos

Das Protokoll führt Alina Komar unterstützt von Iris Hollweg. Moritz Meisel eröffnet um 19:39 Uhr die Vorstandssitzung.

Die Versammlung ist beschlussfähig.

Die nächste zu vergebende Beschlussnummer ist 155.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung, den TOP 12 vor TOP 10 zu behandeln, wie vorgelegt angenommen.

TOP 02 - Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung des Bundesvorstandes findet planmäßig am **Donnerstag, 22.02.2018, um 19.30 Uhr** statt. Wir treffen uns in einer Telefonkonferenz unter Tel. 030 / 63417989 (= Einwahl per Tonfrequenz, alternative Einwahl per Spracherkennung unter Tel. 030 / 920 370 26) im Raum / PIN 5718.

nach einstimmigem GO-Antrag: TOP 02 wird verschoben auf nach TOP 08

Nach Behandlung des TOP 8 wurde der o.g. Beschluss beschlossen.

TOP 03 - Umlauf-/Präsidiumsbeschlüsse

- keine Umlaufbeschlüsse des Bundesvorstandes seit der letzten ordentlichen planmäßigen Vorstandssitzung,
- keine (Umlauf-)Beschlüsse des Präsidiums seit der letzten ordentlichen planmäßigen Vorstandssitzung.

Das Präsidium hat sich eine Geschäftsordnung gegeben.

TOP 04 - Bericht des Präsidiums

05.02.2018 Konto bei der GLS Bank: Um 11:15 Uhr haben Iris und Richard die GLS Bank gemeinsam kontaktiert. Dem vorausgegangen waren die Einreichung der Antragsunterlagen und ein Telefonat zwischen der Bank und Richard am Mittwoch, 31.01.2018. Bei diesem Gespräch wurde die Vollständigkeit der Antragsunterlagen bestätigt. Kontovollmachten der Schatzmeister und der Beauftragten müssen noch nachgereicht werden, da u.a. der Schatzmeister bis 7.2. noch im Urlaub ist und Vollmachten im Original unterschrieben werden müssen.

06.02.2018 Es wurde eine unverbindliche aber bereits sehr konkrete Anfrage für ein gGeschäftskonto bei der Triodos Bank gestellt. Es ist geplant, dass Iris und Gerhard am Mittwoch, 07.02.2018, nachmittags bei der Triodos Bank in der einzigen Filiale in Deutschland vorsprechen. Nach Rückmeldung der Triodos Bank bei Iris Hollweg und Carl-Richard Klütsch durch die zuständige Mitarbeiterin für Stiftungen am 07.02.2018 werden die Antragsunterlagen erstellt und direkt zur Unterzeichnung an den Vorsitzenden geschickt.

<https://www.triodos.de/de/stiftungen/ggeschaeftskonto2/details/>

08.02.2018 Iris und Richard haben heute vormittag bei der GLS Bank nachgehakt wegen der Auflage der Einreichung einer Teilnehmerliste der Mitgliederversammlung in Verbindung mit der Kontoeröffnung. Es wurde eine Rückmeldung versprochen. Bis 15 Uhr ist noch nichts geschehen.

Rechtsverweis: Angaben über politische Meinungen sind besondere Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 Bundesdatenschutzgesetz - BDSG). Nach § 4 Abs. 1 BDSG ist die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten nur zulässig, soweit es das BDSG oder eine andere Rechtsvorschrift dies erlaubt oder angeordnet oder der Betroffene eingewilligt hat. Die Partei hat ihre Mitglieder über die Speicherung von Daten zu ihren Ansichten zu benachrichtigen, es sei denn, die gespeicherten Daten stammen aus allgemein zugänglichen Quellen und eine Information wegen der Vielzahl der betroffenen Daten unverhältnismäßig ist (§ 33 Abs. 1 und 2 Nr. 7a, 9 BDSG).

Das CDU-Bundesparteigericht hat in einem Beschluss vom 07.09.1992 - CDU-BPG 5/91 (R), NVwZ 1993, S. 1127 f., entschieden, dass das vom allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG hergeleitete Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung auch innerhalb einer politischen Partei dem einzelnen Mitglied die Befugnis gewährleistet, selbst über die Preisgabe und Verwertung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Der Zugang zu den Mitgliederlisten und Karteien ist nur den Funktionsträgern im Rahmen ihrer Aufgaben gestattet. Dem einzelnen Parteimitglied ist er darüber hinaus verwehrt.

**Mitteilungen und Berichterstattung - außerordentliche Mitgliederversammlung
- Ist-Status - gegebenenfalls: Soll-Status - Ziel - Zeitplan - Ordnungsgemäße
Geschäftsführung**

https://docs.google.com/document/d/1wHQO_TR5NQPdnioGmG_kv5-JjN_ml_BqoFIJWhvNRKQ/edit?usp=sharing

TOP 05 - Bericht der Bundesschatzmeister(ei)

Mangels Übergabe der Unterlagen durch den bisherigen Schatzmeister Dr. Frank Schröder sind die am 27.01.2018 gewählten Schatzmeister und ihre beauftragten Helfer noch nicht in die Lage versetzt, Berichte abzugeben. Diese werden schnellstmöglich folgen.

TOP 06 - Berichte aus den Landesverbänden

Verantwortliche und Interessierte aller Landesverbände werden gebeten, die Übersicht zu allen Landesverbänden unter <https://www.buendnis-grundeinkommen.de/landesverbaende/> auf der Bundes-Website zu prüfen (Kontakt-E-mails, persönliche Vorstands-Mailadressen usw.) und Änderungswünsche mitzuteilen. [Projektteam Website?]

LV Berlin: In Berlin hat das erste offene Treffen in diesem Jahr am 29.01.2018 stattgefunden.

LV Niedersachsen: Im Klönschnack (Telefonkonferenz) am Mittwoch, 7.2., hat sich Alina Komar als von der Bundes-Mitgliederversammlung für Niedersachsen gewähltes Bundesvorstandsmitglied vorgestellt. Der zuletzt kommissarisch geschäftsführende Landesvorstand Ulrich Kapp ist am 7.2. mit sofortiger Wirkung zurückgetreten.

LV Bremen: FLS-Vorführung am 1.2. ab 20.45 Uhr. Daraufhin Publikumsdiskussion bis ca. 0.15 Uhr. Link zu YouTube: <https://youtu.be/OjR69H9bJIo>

Im Zuge dessen ca. 30 neue Personen für Newsletter und als pot. Unterstützer/Mitglieder gefunden.

LV Sachsen-Anhalt hat sich laut <https://progressivekoalition.de> bereits an der "Progressiven Koalition" beteiligt - hierzu wäre eine Erklärung hilfreich, vgl. TOP 11 [Koordinationsteam]. LV Sachsen-Anhalt ist konkret von DiB angefragt worden, es wurde Kontakt zum Präsidium am 29. und 30.1. aufgenommen und es kam keine Reaktion. Aufgrund der Dringlichkeit seitens DiB wurde im LV entschieden, sich an der Kampagne zu beteiligen.

Crowdpremiere auch bei uns mit ausgebuchtem Studiokino und spannenden Gesprächsrunden in Magdeburg und in Bernburg.

Gleichzeitig hängt die attac-Ausstellung seit 19.1. in einem der größten Einkaufszentren in der Stadtmitte von MD.

LV Schleswig-Holstein: Änderungen im Landesvorstand, Malte Kanthack ist zurückgetreten, Jörg Chemnitz ist Ansprechpartner, aber nicht neuer LV-Vorsitzender. Jörg wird evtl. bei der nächsten Telko dabei sein.

LV Mecklenburg-Vorpommern: Sonja Görnitz, von der Bundes-Mitgliederversammlung für MV gewähltes Bundesvorstandsmitglied, hat Kontakt zum früheren Landesvorsitzenden Karsten Behr aufgenommen: Karsten Behr und sein Team hätten gern Austrittserklärungen von der Partei. Ein Einzeiler per Email an die jeweiligen Personen sei ok.

Sonja Görnitz braucht Kontaktdaten von BGE-Mitgliedern und/oder Interessierten in MV, um sie anzuschreiben und herauszufinden, wer im neuen LV MV mitwirken möchte und kann. Es soll auch die Person gefunden werden, die für MV bei der OMV im Mai 2018 in den Bundesvorstand gewählt wird. Die BGE-Karte auf der Webseite ist nicht ergiebig, um Kontaktdaten von BGE-Mitglieder/Interessierte in MV zu bekommen. Sonja Görnitz hat Moritz Meisel um die Daten gebeten. Der Neuaufbau in MV wird im Newsletter mit Sonja als Kontakt genannt.

Lars Schirra hatte Karsten Behr um Mitwirkung bei der Umfrage zur Bestandsaufnahme gebeten, Karsten verwies auf Sonja Görnitz. Auch hierfür braucht Sonja die Kontaktdaten.

Sonja Görnitz hat noch keinen Kontakt zu MV-Mitgliedern/Interessierten und wohnt selbst nicht in MV, deshalb enthält sie sich bei den Abstimmungen, die MV betreffen.

WM Lars: Kontaktaufnahme evtl. über buendnis-Mailadressen (Funktionsträger) (IT?), wichtig: Klärung/Übergabe der Zugänge zu den Accounts des LV MV (facebook, Twitter, Website etc.), Bereinigung der bge-Mailadressen.

LV Baden-Württemberg: Volle Häuser & tolle Publikumsgespräche bei der Crowdpremiere von 'Free Lunch Society' in Stuttgart, Freiburg, Weingarten & Konstanz: <https://bw.buendnis-grundeinkommen.de/2018/02/02/volle-haeuser-bei-der-crowdpremiere-von-free-lunch-society/>

LV Brandenburg; Free Lunch Society in Thalia Potsdam mit Podiumsdiskussion, im Filmmuseum Potsdam, und an 4 Terminen im Madia mit Diskussion

LV- Hessen: Free Lunch Society im Murnau Kino Wiesbaden war mäßig besucht. Das Lichtspieltheater war zu 100% gebucht jedoch kamen im Ende nur 50%. Podiumsdiskussion war recht lebhaft.

TOP 07 - Bericht des Koordinationsteams

Das Team #läuft lief zur Abwechslung mal nicht. Krankheitsbedingt. Einige Projektteams stellen sich gerade neu auf. Die Projektübersicht ist nach vorübergehenden technischen Problemen wieder erreichbar: <https://projekte.buendnis-grundeinkommen.de/projektuebersicht/>

TOP 08 - Antrag auf Beschluss über die Geschäftsordnung [Richard]

Auf Grund der Neuwahl des Vorstandes am 27.01.2018 wird die Geschäftsordnung wie vorliegend beschlossen. In der Vorlage sind Änderungen zur vorhergehenden Fassung **rot** markiert. **Die Aufgaben und Zuständigkeiten wurden neu festgelegt.**

Stimmungsbild zur neuen Uhrzeit: 4 Stimmen für 19:30, 4 Stimmen für 20:00, 2 Enthaltungen

Antrag/Beschlussvorlage: Der Bundesvorstand beschließt die vorliegende Geschäftsordnung.

Abstimmung:
Ja: 11
Nein: 0
Enthaltungen: 0

Beschluss 155

TOP 09 - Antrag auf Konkretisierung des Beschlusses Nr. 150 bezüglich Tagungsräumen und Übernachtungsmöglichkeiten [Richard]

Der Tagesordnungspunkt wurde auf der letzten Bundesvorstandssitzung (25.1.) vertagt.

Antrag zurückgezogen MO 05.02.2018 - 22 Uhr [Richard]

Derzeit ist die Schatzmeisterei noch nicht einsatzbereit. Das Konto ist noch nicht verfügbar.* Die Buchführung ist noch nicht eingerichtet. Ein Überblick über die Finanzen ist noch nicht gewährleistet. Derzeit ist nicht klar, welche Finanzen überhaupt wann verfügbar sind. *Stand 05.02.2018 22 Uhr

Lösungsvorschlag 1: Auf Grund dessen wird es als äußerst sinnvoll erachtet, die Buchung für die Übernachtungen von Mitgliedern und Gästen des Bündnis Grundeinkommen anlässlich des BPT in Kassel extern durch einen Dritten zu regeln. Ebenso könnte die Buchung für die Tagungs-Räumlichkeiten extern geschehen und die Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten als Sachspende im Wert von 300 € dem Bündnis Grundeinkommen zur Nutzung zukommen. Hierbei ist zu beachten, dass die Anzahlung in Höhe von insgesamt 800 € [bei 100 Personen á 2 Übernachtungen inklusive Vollpension älter als 27 Jahre = 34 € + 4,50 €/Tag] innerhalb 14 Tagen nach Vertragsunterzeichnung fällig wird sofern dies so vertraglich unterzeichnet wird für 100 Personen für 2 Nächte - Jede Änderung auch (Teil-) Stornierung bedeutet den Verlust der entsprechenden Anzahlung laut Vertrag. Also wenn es dann später nur 50 Personen werden, dann sind dies immerhin 385 €!

Lösungsvorschlag 2: Tagungsräume Abwicklung über Bündnis Grundeinkommen: Unter der Voraussetzung, dass das Konto bei der GLS Bank eingerichtet und benutzbar ist, wird eine oder mehrere zweckgebundene (Teil-)Spende/n in Höhe von insgesamt 300,- € für die Buchung der Räumlichkeiten in der JHB in Kassel eingezahlt. In diesem Fall kann die Buchung seitens des Bündnis Grundeinkommen für die Tagungsräume erfolgen [FR / SA / SO = 3 Tage für jeweils 100 € = 300 € - entsprechend 10% Anzahlung i.H.v. 30€]

Die Buchung für die Übernachtungen von Mitgliedern und Gästen des Bündnis Grundeinkommen wird extern und vertraglich getrennt von Dritter Seite stattfinden. Hierbei ist zu beachten, dass die Anzahlung in Höhe von insgesamt 770 € [bei 100 Personen á 2 Übernachtungen inklusive Vollpension älter als 27 Jahre = 34 € + 4,50 €/Tag] innerhalb 14 Tagen nach Vertragsunterzeichnung fällig wird sofern dies so vertraglich unterzeichnet wird

~~für 100 Personen für 2 Nächte - Jede Änderung auch (Teil-) Stornierung bedeutet den Verlust der entsprechenden Anzahlung laut Vertrag. Also wenn es dann später nur 50 Personen werden, dann sind dies immerhin 385 €!~~

Stimmungsbild: Lösungsvorschlag 1 v/s Lösungsvorschlag 2 [Richard]

Antrag/Beschlussvorlage: ~~Der Bundesvorstand beschließt in Abänderung des 150. beschluss den Lösungsvorschlag 1/2.~~

TOP 10 - Antrag auf Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk [Richard]

Der Tagesordnungspunkt wurde auf der letzten Bundesvorstandssitzung (25.1.) vertagt.

Antrag/Beschlussvorlage: Der Bundesvorstand beschließt eine Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk für das Kalenderjahr 2018 in Verbindung mit einem ausgewiesenen Beitrag und somit entsprechenden Kosten in Höhe von maximal € 36,00. Der Beschluss soll umgesetzt werden, sobald die Finanzlage ermittelt wurde und diese eine Zahlung zulässt oder alternativ eine entsprechend explizit zweckgebundene Spende eingegangen ist.

Deutsches Jugendherbergswerk Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen e.V., 32760 Detmold

Abstimmung:

Ja: 10

Nein: 0

Enthaltung: 0

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluss 157

TOP 11 - Antrag auf Beschluss über die Teilnahme an progressivekoalition.de [Richard]

Stimmungsbild Umlauf Bundesvorstand

Ergebnis 1. Frage: "Sollen wir daran teilnehmen?"

JA: 6

Nein: 2

Enthaltung: 2

Ergebnis 2. Frage: "Im Falle von JA auch angeben, ob man sich selbst an der Umsetzung beteiligt"

JA: 2 Nein: 3

Antrag/Beschlussvorlage: Der Bundesvorstand beschließt die Teilnahme an progressivekoalition.de. - Umsetzungsverantwortliche sind: kommissarisch Uschi Bauer, Matthias Lindemer, Petra Uhlmann

<https://progressivekoalition.de/>

--- Ab hier: Nicht mehr Teil des Antragstextes ---

Die Frage wurde auch in der Facebookgruppe "BGE-Partei Mitglieder" diskutiert.

Ich (Marcel) versuche mal möglichst ausgewogen die wesentlichen Argumente wiederzugeben.

Pro:

- kluge Kräfte bündeln und den Weg fürs BGE auf breiter Basis ebnen
- viele Gemeinsamkeiten mit DiB
- Alles was man tut kann Zünden und die Welt verändern (oder wieder verebben)
- Über Kooperationen an Bekanntheit gewinnen

Contra:

- Alleinstellungsmerkmal "1-Thema-Partei" [#Frage: Ist nun "ein-Thema-Partei" oder "ein-Themen-Partei" grammatikalisch korrekt?] gefährdet, da die ProKo ja vieles thematisieren wird und Außenstehenden wohl nicht klar sein dürfte, dass die jeweiligen Organisationen dahinter jeweils nur für ihre eigenen Forderungen stehen
- Erst intern konsolidieren, bevor wir wieder nach außen wirken
- Keine wirkliche Koalition, wenn jeder nur für seine eigenen Themen steht; bringt nichts

Ergebnisse Umfrage in der Facebookgruppe (Stand 20:15 Uhr)

JA: 14

NEIN: 12

Es werden in der Sitzung verschiedene Pro- und Contra-Argumente ausgetauscht

- Partei als Werkzeug "Wo andere Gruppen sich fürs BGE engagieren können, braucht die Partei es nicht zu tun"
- BGE soll überall voran gebracht werden, da ist das Bündnis auch wichtig und richtig
- Wenn viele für das Thema BGE eintreten, bekommt es mehr Gewicht
- Ist ressourcenintensiv
- man kann leicht in einen Topf mit den anderen ProKo-Unterzeichnern geworfen werden/Themen vermischen sich dann ggf.
- Sieht evtl. gespalten aus, wenn einige LVs dabei sind und andere nicht; dass Sachsen-Anhalt dabei ist und andere nicht dabei sind kann sich durch die frühe Abmachung des LV und die spätere Entscheidung des BV erklären.

- Sachsen-Anhalt kann ein guter "Test-Ballon" sein.

Abstimmung:

Ja: 4

Nein: 4

Enthaltung: 3

Meinungsbild der Gäste:

Ja: 3

Nein: 4

Enthaltung: 1

Stimmungsbild: Soll der Antrag via Umlaufbeschluss nochmals abgefragt werden?

Vorstände:

Ja: 7

Nein: 1

Enthaltung: 2

Gäste:

Ja: 6

Nein: 0

Enthaltung: 2

TOP 12 - Antrag auf Buchung der Jugendherberge Kassel für die ordentliche Mitgliederversammlung 2018 [Uschi]

Antrag/Beschlussvorlage: Der Bundesvorstand beschließt die umgehende Vertragsunterzeichnung für die [Jugendherberge Kassel](#) vom 25.-27.5.2018, um Planungssicherheit für das Orga-Team BPT_MV18 zu gewährleisten.

- Vertrag muss bis 9.2. per Mail bestätigt sein, per Post kann er eingehen bis 13./14.2.

- Anzahlung ist fällig 14 Tage nach Vertragsunterzeichnung, also spätestens am 23.2.

- Kostenfreie Stornierung ist möglich bis 8 Wochen vor Veranstaltungsbeginn, also bis 30.3.

Die Fakten: Bei voller Auslastung der avisierten 100 TeilnehmerInnen mit 2 Übernachtungen à max. 36.50 € inkl. Vollpension (32 € unter 27 Jahren) ergibt sich eine Summe von max. 7.300 €. Davon werden 10% zur Anzahlung fällig (plus Tagungsraum à 100 € pro Tag - 30 € Anzahlung hat Richard bereits zugesagt). Die erforderlichen 730 € sollen eingehen, indem 10 Mitglieder bis spätestens 9.2.2018 den Betrag von je 73 € in Ermangelung eines funktionsfähigen Bundeskontos auf das Konto des Landesverbands BaWü überweisen, damit das Präsidium den Vertrag guten Gewissens unterzeichnen kann. Die konkrete Teilnehmerzahl wird anschließend über ein Anmeldeformular eruiert - wer bis 30.3. nicht verbindlich zusagen kann, muss sich selbst um Unterkunft kümmern; Tagesgäste, die nicht in der JHB übernachten, können später dazu gebucht werden für Verpflegung. Vegan, vegetarisch, mit Fleisch sind wählbare Optionen. Danke für die unumgängliche

Kooperationsbereitschaft - im Zweifelsfall muss das Orga-Team das Mandat BPT_MV18 zurückgeben.

Anmerkung Moritz: Hier ist der Vertrag

<https://drive.google.com/file/d/1LcJ6TidyNEs2zk-LYB6yMN7od5RF6IEO/view?usp=sharing>

Leider sieht dieser keine kostenfreie Stornierung vor. Je nach Storno-Zeitraum sind unterschiedliche Gebühren fällig, mindestens die 10% der Anzahlung. (Seite 1, unten)
Außerdem müssen bereits bei der Anmeldung Angaben zu den Details der Zimmerbelegung gemacht werden (Seite 2), die wir so noch nicht machen können.

Anmerkung Uschi: Kostenfreie Stornierung sowie weitere o.g. Details habe ich gestern [05.02.2018 RI.] im Telefonat mit der Jugendherbergsleitung erfragt. Mit gesundem Menschenverstand betrachtet, sollte also bis 30.3. (8 Wo vor Veranstaltungsbeginn) auch eine Änderungsstornierung zur Anzahl der TeilnehmerInnen möglich sein sowie die Anrechnung der Anzahlung auf die dann tatsächlich gebrauchten Plätze für Übernachtung & Verpflegung. Werde das heute noch telefonisch abklären.

Update 06.02.2018 9:52 Uhr - gerade telefoniert mit Frau Mößinger, Herbergsleitung: **(Änderungs-)Stornierung kostenfrei möglich bis 8 Wochen vor Veranstaltungsbeginn.** Im Vertrag steht zwar, es würden 10% Kosten anfallen - das machen sie aber nicht, weil es Blödsinn ist (O-Ton Fr. M.). Kosten fallen an vom 59.-30. Tag vor Veranstaltungsbeginn: 20%. Und die **Anzahlung verfällt natürlich auch nicht**, sondern wird auf die Gesamtrechnung angerechnet. "Ist doch logisch", sagt Frau Mößinger. - #SapereAude!
PS: Frau Mößinger schickt mir 'ne Mail mit o.g. Inhalt, damit wir's auch schriftlich haben.
Hier die **Mail von Frau Mößinger** von heute 9:54 Uhr:

Sehr geehrte Frau Bauer,

wie telefonisch besprochen.

8 WOCHEN vor Anreise sind KOSTENLOS KEINE 10%.

Ab dem 59. Tag siehe Vertrag bis 30 Tage vor Anreise fallen 20% Stornokosten an. (Vom Reisepreis)

Die ANZAHLUNG VON 10% DES REISEPREISES VERFÄLLT nicht. Sie wird auf die Reisepreisumme angerechnet.

Mit freundlichen Grüßen
Erika Mößinger

DIE JUGENDHERBERGE IN KASSEL
ERIKA MÖßINGER
- Leitung -

Jugendherberge Kassel

Schenkendorfstr. 18
34119 Kassel

Tel. 0561 776455
Fax 0561 776832
E-Mail: jh-kassel@jugendherberge.de
Internet: www.kassel.jugendherberge.de [1]
Leitung: Erika Mößinger

Stimmungsbild JA / NEIN [Richard]

Gäste:
einstimmig Ja
Vorstand:
einstimmig Ja

Abstimmung:
Ja: 10
Nein: 0
Enthaltung: 0

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Beschluss 156

TOP 13 - Sonstiges

Mail eines Mitgliedes mit Datum vom 28.01.2018 an den Vorstand

Sehr geehrter Parteivorstand,

Ihr habt ja mitgeteilt, dass es einen Parteitag geben wird auf dem auch der neue Bundesvorstand gewählt werden soll. Meine Frage diesbezüglich lautet nun:

Wie organisiert ihr es, dass auch diejenigen ihre Stimme abgeben können, die an dem Parteitag nicht teilnehmen können. Zum Beispiel aus finanziellen Gründen. Da jedes Parteimitglied eigenverantwortlich und aus eigenen Finanzen zum Parteitag anreisen soll und für jedes Parteimitglied Verpflegungs- und Unterkunftskosten entstehen, ist es einigen gar nicht möglich an diesem Parteitag teilzunehmen, eben weil diese finanziell nicht ausgelegt sind, für ein Wochenende weit über 100 Euro in die Hand nehmen zu können.

Dennoch sind ja auch diese Parteimitglieder stimmberechtigt. Ich für meinen Teil kann es mir auch nicht leisten an dem Parteitag teilzunehmen, würde aber sehr gerne mein Recht und meine Pflicht zur Stimmabgabe wahrnehmen. Daher frage ich euch nun, ob ihr dies in eurer Planung bedacht habt und ob ihr Mitgliedern wie mir andere Möglichkeiten zur Stimmabgabe gewährt. Beispiele, wie man dies umsetzen könnte gibt es genug. Zum Beispiel ist es legitim Mitglieder per Briefwahl zur Stimmabgabe aufzufordern. Eine weitere Möglichkeit wäre es auch, die Stimme per E-Mail abgeben zu können.

All dies sind legitime Abstimmungsmöglichkeiten, die das deutsche Recht hergibt. Wie habt ihr diesen Umstand berücksichtigt und gelöst.

Es wäre ja sehr schön, wenn Mitglieder von der Stimmabgabe ausgeschlossen wären, nur weil sie sich die Teilnahme an der Mitgliederversammlung nicht leisten können. Rechtlich betrachtet wäre dies auch sehr kritisch zu betrachten. Es wäre nach meiner Meinung ungünstig, wenn die Wahl des Bundesvorstandes im Nachgang durch ein Gericht als ungültig erklärt würde. Das würde unnötigen und vor allem teuren Aufwand bedeuten, den man im Voraus verhindern könnte.

Ich würde mich über Antwort auf meine Fragen freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Anmerkung von Lars Schirra:

Rechtlich halte ich es für unproblematisch, dass nur Anwesende der MV auch abstimmen können; das ist Usus - und theoretisch hat jeder die Möglichkeit, seine Stimme abzugeben durch Anwesenheit. Leider schließt demokratische Beteiligung nicht automatisch rechtlich die finanzielle Ermöglichung mit ein (auch deshalb BGE ;-).

Auch ein Delegiertensystem für Parteitage "schließt" Mitglieder von Abstimmungen "aus" und ist rechtlich legitim - außer eine Mehrheit führt einen Beschluss herbei, der anderes vorsieht.

"Ethisch" demokratisch sieht es natürlich anders aus. Bei uns ergäben sich z.B. bei Briefwahl aber logistische Probleme - erst recht, wenn es nicht nur um die Wahl von Ämtern geht, sondern auch um Abstimmung über Anträge.

1. Es ist derzeit nicht klar, welche Gelder wir überhaupt für sowas hätten (Porto, Druckkosten usw.).

2. Sowohl Kandidaten als auch Anträge müssten mit einer (mir nicht bekannten) Vorlaufzeit "stehen" (Erarbeitung, Auswahl, Information, evtl. Antragskommission usw.).

Ob das alles zeitlich bis zum Termin zu bewältigen ist, kann ich nicht sicher einschätzen, bezweifle ich derzeit aber. Schön wärs natürlich schon, wenn alle mitmachen/abstimmen könnten.

Wir werden sehen, wie groß unser Spendenfonds zur Ermöglichung der Teilnahme bei beschränkten Mitteln sein wird. Ob mögliche Gelder dann auf niedrigere Kosten für alle umgelegt werden oder einzelne gefördert werden, müsste man sich nach Lage des Fonds zu einem Stichtag ansehen.

Hintergrundinfo: Satzung - § 8 Mitgliederversammlung (Parteitage)

(4) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlussfähig anerkannt ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Parteimitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Anmerkung von Lars: Der erste Satz in (4) ist eindeutig. Der zweite müsste allerdings heißen "Jedes **anwesende** Mitglied hat eine Stimme. Denn die Nichtanwesenden haben dann ja keine. Hebelt so der zweite Satz den ersten aus? Ich denke nicht, Paragraphen sind bei Zweideutigkeiten immer auch im Kontext ihrer Absicht/Zielsetzung zu bewerten.

Diskussion

- Es ist möglich, an der OMV via Skype teilzunehmen. Abstimmungen (anonym) sind aber nur vor Ort möglich.

- Die Beteiligten äußern sich in der Richtung, dass allen, denen es finanziell nicht möglich ist zu kommen, es irgendwie ermöglicht wird.
- Es wäre schön, diejenigen zu erfassen, die eine finanzielle Unterstützung benötigen.
- Im Fragebogen für den BPT wird eine Abfrage zu den Möglichkeiten der Finanzierung der einzelnen Personen geben

Nicht dringliche Anregung von Lars: Sortieren der Beschlussliste auf der Website von neu oben nach alt unten, wie die Protokolle. Die Liste wird ja immer länger und man erspart sich das scrollen. *Antwort von Joachim W.: Die Seite mit den Beschlüssen kann als sortier- und filterbare Tabelle angelegt werden, wenn dies gewünscht und vom Team Website umgesetzt wird.*

Die Versammlungsleitung schließt die Sitzung um 21:52 Uhr.